



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- Mk. für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mk. Postzeitungsnummer 298. Inserationsgebühr für die Beitzelle 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer mientgeltlich. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Redakteur: R. Jahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 8.

Nr. 11

Charlottenburg, den 18. März 1908

30. Jahrg.

**Porzellan- etc. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt an die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen, entnehmt von den Zahlstellenkassirern Streikmarken!**

### Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: **Berlin** (Mantl, Bergmannstr. 110), **Breslau** (Steingutfabrik P. Giesel), **Eilenberg** (Firma F. A. Reinecke), **Flörsheim a. M.** (W. Dienst), **Kronach** (H. Rosenthal u. Co., Fil. Kronach), **Neustadt** bei Coburg (Porzellanfabriken Gebr. Knoch und Heber u. Co.), **Regensburg** (Firma Waffler) für Tellerdreher, **Selb** (Heinrich u. Hertel), **Stadtlengsfeld** (Fa. Schweizer), **Stollheim** bei Guskirchen (Porzellanfabrik Helbig), **Tillowitz** (gräfl. Frankenberg'sche Fabrik), **Wiedendorf** in Westf. (Fa. Gressel u. Co.).  
Der Vorstand.

### Krankenkassennovelle und Unfallversicherung.

In Nr. 8 dieses Blattes ist die Frage erörtert worden, inwieweit die Krankenkassen in der Lage wären, den bei Betriebsunfällen Verunglückten bzw. deren Hinterbliebenen bei der Beschaffung von Unfallrenten beizustehen.

Es liegt nun äußerst nahe, festzustellen, wie sich die Situation durch das Erscheinen der Novelle zum Krankenkassengesetz gestaltet hat. Es ist möglich, daß bei Verathung der Novelle die Fürsorge der Krankenkassen über die bisherigen 13 Wochen auch für die beruflich Verunglückten gesichert wird. In der Novelle selbst (auch nicht in der vom Bundesrath gegebenen Fassung) befindet sich keine, die Unfallversicherungsgesetze entsprechend abändernde Bestimmung.

So wie die Novelle jetzt vorliegt, bietet sie keine einzige Verbesserung für die beruflich Verunglückten oder deren Familien gegenüber dem 3. St. erörterten Zustande. Wohl aber würde sie, in dieser Fassung zum Gesetz erhoben, eine erhebliche Verschlechterung bringen. Wir hatten darauf hingewiesen,

daß nach den Unfallversicherungsgesetzen die Berufsgenossenschaften den Wittwen der durch Betriebsunfall getödeten Arbeiter das Sterbegeld nur in so weit auszuzahlen habe, als nicht die Krankenkasse auf Erstattung des von ihr gezahlten Sterbegeldes Anspruch erhebe. Diesen Anspruch zu erheben sind danach die Krankenkassen durchaus nicht verpflichtet, und es haben in der That Krankenkassen von dem Rechte, auf die Bagatelle zu verzichten, auch zu Gunsten der unglücklichen Wittwen Gebrauch gemacht. Dieses Recht im Wege der Statutenänderung zum Grundsatz zu erheben, suchten wir in unserem Artikel die in den Krankenkassen organisirten Arbeitnehmer zu veranlassen. Die von der Regierung vorgelegte Krankenkassennovelle indeß will den Krankenkassen selbst die Möglichkeit, diese kleine Nothilfe walten zu lassen, ersparen. Sie macht im Artikel VII obligatorisch, daß „in den Fällen, in welchen auf Grund der Reichsgesetze über Unfallversicherung gleichfalls ein Anspruch auf Sterbegeld begründet ist, der Kasse bis zur Höhe des von ihr gewährten Sterbegeldes durch Ueberweisung des auf Grund der Unfallversicherungsgesetze zu gewährenden Sterbegeldes Ersatz zu leisten ist“. Es ist diese zwingende Bestimmung um so weniger gerechtfertigt, als die Leistungen der Krankenkassen bei Sterbefällen meistens nicht die tatsächlichen Unkosten, welche der Tod verursacht, decken, und andererseits für die Mehrzahl der Krankenkassen der nicht zur Rückerstattung kommende Betrag — im Jahresdurchschnitt betrachtet — äußerst wenig ausmachen würde. Kommt die Novelle wirklich noch zur Verathung, so wäre von Allen, die es mit dem Proletariat ehrlich meinen, die Gelegenheit zu ergreifen, den Willen der Regierung in sein Gegentheil zu verkehren, also auszuschließen, daß für das von der Krankenkasse gezahlte Sterbegeld, aus den der Wittve eines im Berufe Verunglückten zu gewährenden Entschädigungen Ersatz geleistet werde.

Den sonst in unseren früheren Artikeln gegebenen Anregungen zu folgen, bleiben die Kassen in der Lage, auch wenn die Novelle Gesetz werden sollte. Freilich läßt auch die Novelle den Absatz 2 des § 21 des Gesetzes, das Verbot einer Wittwen-, Waisen- oder Invalidenversorgung, bestehen. Wir haben aber schon auseinandergesetzt, daß diese Bestimmung der Durchführung des von uns Begehrten nicht hinderlich ist, weil dasselbe gar nicht auf die Versorgung von Wittwen, Waisen oder Invaliden hinausläuft. Vielmehr sollen die Kassen nach unserem Wunsche von den ihnen zustehenden Rechten — der Erhöhung des Krankengeldes, der Verlängerung ihrer Zahlung, besonderer Einrichtungen für Rekonvaleszenten u. A. — einen möglichst weitgehenden, sinngemäßen Gebrauch machen.

Dieser Umstand schließt aber andererseits nicht aus, daß doch die durch Vorlegung der Novelle von der Regierung selbst geschaffene Gelegenheit benützt werden sollte, das Verbot der Wittwen-, Waisen- und Invalidenversorgung aus dem Gesetz herauszubringen, d. h. durch Artikel VIII der Novelle, welcher sich in 2 Sätzen mit § 21 des Gesetzes befaßt, in einem dritten Satze den Fortfall des Abs. 2 des genannten Paragraphen zu bestimmen.

Der Fortfall dieser Bestimmung gäbe u. A. den Krankenkassen auch die Möglichkeit, für die Hinterbliebenen Derjenigen — oder für diese selbst — zu sorgen, welche die Spruchpraxis des Reichsversicherungsamtes — im Gegensatz zur Auffassung der Arbeiter — nicht als Opfer von Betriebsunfällen angesehen wissen will.\*) Gerade diesen Un-

\*) Die Phosphornetose der in Zündholzfabriken beschäftigten Arbeiterinnen, sonstige schwere Vergiftungen der Arbeiter in anderen giftigen Betrieben: das Augenzittern und die Schwerhörigkeit der Bergarbeiter, plötzliche Erblindung von Arbeitern des Bauwesens, Stößschlag, heftige Erkältung von Arbeitern, die infolge ihrer Beschäftigung diesen Gefahren besonders ausgesetzt sind u. s. w., hat das Reichsversicherungsamt im Allgemeinen in das Gebiet der Gewerbekrankheiten verweisen.

glücklichen die Fürsorge der Krankenkassen, durch Aenderung des Gesetzes zu ermöglichen, wäre durchaus angebracht.

Ueberhaupt sollte von allen bei der Unfallversicherung interessierten Arbeitnehmern bezw. von ihren beruflichen und politischen Organisationen gefordert werden, daß, falls die Novelle zum Krankenkassengesetz noch zur Berathung gelange, diese Gelegenheit ergriffen werde, den Krankenkassen die hier und in unserem ersten Artikel geforderte Berücksichtigung der in ihrem Berufe Verunglückten oder deren Hinterbliebenen aufzuerlegen oder ihnen wenigstens die Befugniß zu geben, im Wege des Statuts (bezw. der Statutenänderung) die — von den Organen der Unfallversicherung zu reflektirenden — Funktionen zu übernehmen, welche den Polizei- und unteren Verwaltungsbehörden von der Unfallversicherungsgesetzgebung zugewiesen sind. Wie die Feststellung des Unfalls und seiner Folgen durch die Krankenkassen aus den z. Zt. angeführten Gründen weit umsichtiger, gründlicher und zweckmäßiger sein werden, als diejenigen der Polizeibehörden, so wird der Beistand, den jetzt die unteren Verwaltungsstellen auf Begehren den Verletzten bezw. Hinterbliebenen bei schriftlicher Vertretung ihrer Rechte (z. B. bei Erklärung auf den Vorbescheid) leisten sollen, der aber heute meist ohne Werth ist, bei Weitem sachgemäßer von den Krankenkassen geleistet werden. Diesen auch ohne gesetzlichen Schutz zu leistenden Arbeiten der Krankenkassen würde eine ausdrückliche Bestimmung der gewünschten Art in erheblicher Weise Gewicht und Bedeutung verleihen. In jedem Falle aber sollten zumindest die Krankenkassen verpflichtet werden, an den von den Polizeibehörden anberaumten Feststellungsverhandlungen — von den Terminen muß ihnen ja Kenntniß gegeben werden (§ 65 des Gew.-Unf.-Vers.-Ges.), theilzunehmen, d. h. durch einen geeigneten Vertreter thätigen Antheil zu nehmen.

Was hier begehrt wird, drängt freilich auf Beseitigung kleiner, schwacher, von einseitigen Interessen beherrschter Kassen, vielmehr auf die Schaffung großer, leistungsfähiger, d. h. zentralisirter Ortskrankenkassen hin. Aber hieran haben die Arbeiter ohnehin ein Interesse oder sollen es wenigstens haben. Nur die große zentralisirte Ortskrankenkasse vermag dem intelligenten Arbeiter (auf diesem Gebiete) Interesse abzugewinnen und ihn zu reger Mitarbeit anzu-spornen; nur sie kann bei verhältnismäßig kleinen Beiträgen Bedeutendes leisten; nur sie kann von den Interessenbestrebungen der Unternehmer unbeeinflusst gehalten werden. Auch in dieser Beziehung bedurfte die Novelle der Korrektur und Ergänzung.

Da, wie die Dinge bei uns liegen, nach Verabschiedung der jetzt von der Regierung vorgelegten Novelle eine durchgreifende Aenderung des Krankenkassengesetzes für absehbare Zeit nicht zu erwarten wäre, so wäre schon das Wünschenswertheste, daß in dieser Legislaturperiode sie nicht mehr zur Berathung käme, jedenfalls aber ihre Verabschiedung verhindert, das Begehren eines neuen, modernem, sozialem Geist wirklich entsprechenden Krankenversicherungsgesetzes mit zum Gegenstand der Wahlkampagne gemacht und ein solcher Entwurf sogleich nach Zusammentritt des neuen Reichstags von der sozialdemokratischen Fraktion vorgelegt, damit zugleich verhütet würde, daß diese wichtige Gesetzgebungsarbeit wieder bis zum Ablauf der neuen Legislaturperiode verschleppt würde.

E. H. Guth.

## Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

### An die Zahlstellen-Verwaltungen.

Bisher ist es im Verbands-Bureau üblich gewesen, bei allen ungenügend oder unfrankirt eingehenden Zuschriften das Strafporto ohne Weiteres zu tragen, in der Annahme, daß es sich um ein ausnahmsweises Versehen bei Absendung der betreffenden Briefe handelt, und um unliebsame Verzögerungen zu vermeiden, wie solche durch die Annahme-Verweigerung diesbezüglicher Zuschriften entstehen müssen. Nachdem aber die Zahl der mit Strafporto belastet eingehenden Briefe fortgesetzt im Steigen begriffen ist und diesbezügliche schriftliche Erinnerungen von seiten einzelner Verwaltungen vollständig unbeachtet geblieben sind, ist das Bureau sich dahin schlüssig geworden, in Zukunft bei allen mit Strafporto eingehenden Zuschriften in jedem Falle die Annahme zu verweigern. Die hieraus entstehenden Folgen müssen der Verantwortung der Absender überlassen bleiben. Diejenigen Zahlstellen-Verwaltungen, welche nicht im Besitze von Briefwaagen sind, wollen solche umgehend beim Verbandskassierer bestellen. Bezüglich der Frankatur sei in Erinnerung gebracht, daß Briefe bis zu 20 Gramm Gewicht mit 10 Pfennigen und über 20 bis 250 Gramm mit 20 Pfennigen in Post-Werthzeichen zu frankiren sind.

Das Verbandsbureau.

Nachdem von der Zahlstelle Eisenberg ein vom Vorstand anerkannter Arbeitsnachweis eingerichtet worden ist, hat der Vorstand in seiner Sitzung vom 3. März unter Bezugnahme auf § 11 Abs. 2 U. R. beschlossen: Mitglieder, welche mit Umgehung des Arbeitsnachweises in Eisenberg in Arbeit treten, können Jahrgelder, resp. Umzugsgelder nicht erhalten, eventuell kann auch der Verlust der Mitgliedschaft erfolgen. Die Verbandsmitglieder werden ersucht, dieses zur Notiz zu nehmen und zu beachten.

Der Verbandschriftführer.

### Aufforderung.

Gemäß § 34, Absatz 4 des Verbandsstatuts werden folgende Zahlstellen zur **sofortigen** Einsendung der Abschlüsse und Gelder pro **4. Quartal 1902** aufgefordert: Burggrub, Coburg, Elsterwerda, Frankfurt a. D., Gräfenhal, Manebach, Probstzella, Schwelm, Stadtlengsfeld, Unterweißbach, Wieselau, Wunsiedel.

W. Herden, Verbandskassierer.

### Aufforderung.

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung in Nr. 2 der Aneise d. Z. werden folgende Zahlstellen zur **sofortigen** Einsendung der **Verdienstlisten** aufgefordert:

Althalbenseleben, Berlin-Moabit, Charlottenburg, Coburg, Eisenberg, Farge, Freien- orla, Hermsdorf, Hirschberg, Hohenberg, Hüttensteinach, Kahla, Königszell, Köppelsdorf, Kronach, Lauf, Magdeburg, Martinroda, Meuselbach, Neustadt, Nürnberg, Oberköditz, Probstzella, Rudolstadt-Schmiedefeld, Schwelm, Selb, Sitzendorf, Suhl, Uhlstädt, Unterweißbach, Wegesack, Waldenburg.

W. Herden, Verbandskassierer.

**Berichtigung:** In der Quittung über eingesandte Rationen im 4. Quartal 1902 in Nr. 9 der Aneise, soll es nicht heißen **Buckau 1,80 Mk.**, sondern **Luda 1,80 Mk.**

W. Herden.

## 48. Vorstandssitzung vom 17. 2. 1903.

Zarges ist krank.

Der Vorsitzende berichtet, daß in J. Imenau Firma Galluba u. Hoffmann die schwebenden Lohn-differenzen auf dem Wege der Unterhandlung beseitigt sind, jedoch sei der Geschäftsgang bei dieser Firma ein äußerst flauer, so daß anscheinend Entlassungen wegen Arbeitsmangel vorgenommen werden. — Von Neustadt berichtet der Vorsitzende, daß bei einer Kontrolle der arbeitslosen und unterstützten Mitglieder sich ergeben habe, daß verschiedene davon in theilweiser oder vollständiger Beschäftigung betroffen worden sind, wovon bisher Mittheilung nicht gemacht worden war. Beschlussfassung über weitere Unterstützung nach N. wird vertagt bis nach Abschluß der vom Vorsitzenden an Ort und Stelle eingeleiteten Recherchen. — Der Schriftführer war unter Bezugnahme auf den Beschluß vom 11. Februar vom Bureau nach Oberhausen anlässlich dort schwebender Lohn-differenzen delegirt und wird dessen Bericht hierüber zur Kenntniß genommen. Nach inzwischen eingegangener telegraphischer Mittheilung sind die Differenzen erledigt. — In Offenbach (Firma Diezel) sind die organisirten Buchbinder in einen Streit eingetreten, um eine Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren, und fragen die bei derselben Firma beschäftigten Mitglieder unseres Verbandes an, wie sie sich demgegenüber zu verhalten haben. Es wird als selbstverständlich erachtet, daß unsere Mitglieder sich soldatisch zu verhalten haben, sofern der Streit mit Genehmigung des Zentral-Vorstandes der Buchbinder-Organisation geführt wird. — Nach Kronach wird weitere Unterstützung bewilligt unter Hinweis auf § 10 des U.-R. Mit der Gewährung einer Entschädigung aus dem 8 pSt.-Fond der Zahlstelle an das Unionsmitglied M., erklärt sich der Vorstand einverstanden. — Für das Mitglied 82 497 Breslau wird Unterstützung vom Tage der Melbung ab bewilligt. — Die Genehmigung zum freiwilligen Abgang unter Wahrung eventl. Unterstützungs-Ansprüche für einige Mitglieder in Schwarzenbach, wird unter den geschilderten Umständen verweigert. — Ein wiederholter Antrag der Zahlstelle Schwarzenbach, dem Mitgliede 6185, zur Zeit in Schweinfurt, Fahr- und Umzugsgelder zu gewähren, ist durch in letzter Sitzung verhandelten persönlichen Antrag des Mitgliedes erledigt. — Eine Zuschrift von Eisenberg wird vorläufig zur Kenntniß genommen. — Vom Vorstand des Selber Verbandes ist ein Antwortschreiben auf die Anfrage bezüglich des Verhaltens der Mitglieder dieses Verbandes in Breslau eingegangen, woraus hervorgeht, daß die Mitglieder des Selber Verbandes in B. den Vorstand von den Vorgängen dortselbst in Kenntniß gesetzt, mit dem Bemerkten, daß diese nicht gemillt sind, sich an der Bewegung zu beteiligen. Der Vorstand ist auf Grund der statutarischen Bestimmungen nicht in der Lage, die Mitglieder in ihren „persönlichen Angelegenheiten“ und in ihrer „freien Willensäußerung“ zu beeinflussen. Das Verhalten der Breslauer Mitglieder des Selber Verbandes sei den statutarischen Bestimmungen nicht zumiderlaufend.

Bethülfe-fond. In der Klagesache des Mitgliedes 1809 Dresden wegen angeblich verweigerter Bethülfe ist ein neuer Termin am 26. Februar vor dem Amtsgericht Dresden anberaumt worden.

G. Wolmann,  
Vorsitzender.

J. Schneider,  
Schriftführer.

## 49. Vorstandssitzung vom 26. 2. 1903.

Zarges ist krank; entschuldigt fehlt Korn.

Von Neustadt sind die gewünschten Aufklärungen nach nicht entsprechendem den Beschlüssen des Vorstandes gegeben worden und wird demzufolge Beschlussfassung über weitere Unterstützung bis nach Eingang des Erforderlichen vertagt.

Bethülfe-fond. Die Anträge der Zahlstellen Buckau, Farge, Moschenborn, Rudolstadt und Sophienau werden zur Verlesung gebracht, desgleichen die im Organ zum Ausdruck gebrachten Aeußerungen einiger weiteren Zahlstellen. Indem es sich um fünf verschiedene Anträge handelt, von denen keiner die Unterstützung der nach § 3 des St. erforderlichen 10 Zahlstellen besitzt, können die vorliegenden Anträge nicht der allgemeinen Mitgliederabstimmung unterbreitet werden. Bedauert wird, daß keine der antragstellenden Zahlstellen ihren Antrag begründet hat, womit erwiesen zu sein scheint, daß sich keine Zahlstelle der Mühe unterzogen, die Anträge auf ihre Wirkung zu prüfen, nicht nur allein in finanzieller Beziehung, sondern vor Allem in Bezug auf den Mitglieder-Zu- und -Abgang. Nachdem der wohlwolligere Antrag des Vorstandes abgelehnt und andere Anträge an dessen Stelle eingebracht worden sind, darf wohl zum Mindesten von den Antragstellern erwartet werden, daß dieselben den Nachweis führen, daß und inwiefern ihre Anträge geeigneter sein sollen, den Bethülfe-fond zu stärken. Beschlissen wird, die Anträge der vorgenannten Zahlstellen zu veröffentlichen und zur Ab-

gemeinen öffentlichen Diskussion zu stellen, in der Erwartung, daß sich alle Mitglieder des Beihilfenbunds recht eingehend damit beschäftigen und sich schließlich auf einen bestimmten Antrag vereinen, welcher nachher der allgemeinen Abstimmung unterbreitet werden kann. Sollte Letzteres nicht der Fall sein, würde nach Abschluß der Diskussion, für welche eine Zeit bis zum 1. Mai festgesetzt wird, der Vorstand von Neuem Stellung nehmen und seinerseits eventuell Anträge stellen.

G. Wollmann,  
Vorstandender.

J. Schneider,  
Schriftführer.

### 50. Vorstandssitzung vom 26. 2. 1903.

Zarges ist krank. Entschuldigt fehlt Welzel, hne Entschuldigung Schultke.

Von Dresden wird berichtet, daß die 32 Mitglieder, welche gegen die dortige Steingutfabrik wegen Ausbezahlung zu Unrecht vorenthaltenen, ohne vor dem Gewerbegericht klagbar geworden, in obliegendes Urtheil erzielt haben. Die Firma ist jedoch gegen dieses Urtheil Berufung beim Landgericht eingelegt, und wird den hier in Frage kommenden Mitgliedern Rechtschutz zur Wahrung ihrer Ansprüche in der Berufungsinstanz bewilligt. — In einer anderen Sache, in welcher einige Mitglieder in ihrer Klage auf 14tägige Lohnschädigung am Gewerbegericht abgewiesen wurden, wird beantragte Rechtschutz zwecks Einlegung der Berufung abgelehnt. — Berichte von Eisenberg, Krünstadt und Oberhausen sind mit Kenntnismahme erledigt. — Von Neustadt sind die gewünschten Aufklärungen gegeben worden, und wird auch Kenntnismahme derselben weitere Unterstützung begehrt. — Das Mitglied 15 960 S. Kunzschke-Hafenbach erklärt, dem Vorstandsbeschlusse, wonach die Mitglieder unseres Verbandes dortselbst mit den streikenden Buchbindern solidarisch zu erklären haben, nicht nachkommen zu können und hat sich aus dieser Veranlassung vom Verband abgemeldet. Das unsolidarische Verhalten des H. bleibt aber an dem bestehen und bleibt derselbe deswegen für event. spätere Fälle vorgemerkt. — Dem Mitglied 25 668 Eisenberg wird noch Unterstützung für die Zeit vom 16.—21. Februar bewilligt. — Der beantragte Rechtschutz für Mitglied 22 838 Kahla wird abgelehnt. — Dem Mitgliede 28 240 Kahla wird die Befürwortung durch die Zahlstelle die Strafanzahl um 1 Jahr gekürzt. — Bezüglich des beantragten Ausschlusses des Mitgliedes 32 672 Arnsberg wird Beschlußfassung vertagt und die Angelegenheit an die Zahlstellenversammlung zurückverwiesen. — Der Verbandskassirer giebt zur Kenntnismahme durch Rückfragen nach Einsendung des Abschusses pro 4. Quartal 1902 der Zahlstelle bekannt, daß die Ausgaben-Belege bei Prüfung des Abschusses durch die Zahlstellenkommission, von diesen völlig unbeachtet geblieben sind. Nachdem dieselben einen wesentlichen Theil ihrer Verpflichtungen als Revisoren nicht erfüllt, haben dieselben mit ihren Namen den Abschluß als revidirt und für richtig befunden gezeichnet. Der Vorstand achtet diese beiden Revisoren als vollständig untauglich und beschließt, dieselben ihres Amtes zu setzen und gleichzeitig der Zahlstelle aufzugeben, andere und zuverlässigere Revisoren zu wählen. — Dem Mitgliede 30 688 Markredwitz wird die von ihm beantragte Rückzahlungsrückst. bewilligt. — Der Verbandskassirer giebt die Abschüsse der Hauptkassen pro 4. Quartal 1902, sowie den Jahresabschluss pro 1902 und den Monatsabschluss pro Januar 1903 zur Kenntnismahme. Demnach betrug das Vermögen Ende Januar im Verbannde 68 101,80 Mk., im Beihilfenbunde 7801,81 Mk.

G. Wollmann,  
Vorstandender.

J. Schneider,  
Schriftführer.

### Aus unserem Berufe.

Zur Aussperrung in Neustadt. Wie aus dem Vorstandsprotokoll der Sitzung vom 26. Februar hervorgeht, ist die weitere Unterstützung der noch am Ort befindlichen ausgesperrten nach Kenntnismahme von Aufklärungen abgelehnt worden. Eine Rolle der Unterstützung beziehenden ausgesperrten durch den Vorstandsvorsitzenden erweist, daß eine Anzahl derselben neben der Verbandsunterstützung sich Verdienste durch überse Beschäftigungen im Berufe sowohl, wie anderwärts verschaffen und dadurch wohl vielleicht besser standen, als in einem normalen Arbeitsverhältnisse. — Die Aussperrung ging im August vorigen Jahres vor sich und wenn auch die Aussperrung lediglich wegen der Verbandszugehörigkeit eintrat und die Organisation deswegen eine gewisse Ver-

pflichtung hatte, länger als für gewöhnlich die Opfer der Aussperrung zu unterstützen, immerhin mußte schließlich doch einmal ein Ende damit gemacht werden. Wir brauchen uns nicht zu geniren, wenn wir konstatiren müssen, daß der Versuch, die Anerkennung der Berufsorganisation auch in Neustadt zu erzwingen, der Letzteren die Summe von ca. 16 000 Mk. gekostet hat und daß leider durch die unsolidarische Handlungsweise einer Anzahl „für den Staat besonders nützlicher Elemente“ bis jetzt ein Erfolg durch diesen hartnäckigen Kampf nicht zu verzeichnen ist. Wenigstens kein Erfolg den Herren Gebrüder Knoch und dem Herrn Heber u. Ko. gegenüber. Eine größere Anzahl der Aussperrten ist anderswo in Beschäftigung getreten, diese werden ohne Weiteres der Sache der Berufsorganisation treu bleiben und auch die noch am Orte verbliebenen Aussperrten werden durch den stattgehabten Kampf ganz andere Ansichten über unsere herrliche Wirtschaftsordnung bekommen haben. Kurz, wenn auch kein direkter Erfolg, aber immerhin wird ein solcher vielleicht bei anderer Gelegenheit zu Tage treten.

Auch dem Blödesten unter den Arbeitern, man sollte es wenigstens annehmen können, müßten die Augen aufgehen darüber, wie Staat und Gesellschaft sich der Rechte der Arbeiter annehmen. Wenn der Staat dem Arbeiter ein Bürgerrecht, das Koalitionsrecht, gewährt, müßte er nicht auch in geeigneter Weise dafür sorgen, daß dieses Recht auch benutzt werden kann?

Ueber das Schellendaus wird des Besteren der gesunde Sinn, die Zufriedenheit, der Fleiß und die Arbeitstüchtigkeit, insbesondere der thüringischen Arbeiterschaft gelobt und nicht zum Wenigsten dürften auch die Spielwaarenarbeiter, die Porzellanarbeiter des dortigen Coburg-Sonneberger Distriktes Anspruch auf Fleiß, Tüchtigkeit und allerdings auch eine große Portion Genügsamkeit erheben können. Nun die Neustädter Arbeiter und Arbeiterinnen endlich einmal nicht hegerischen, sondern einfach Thatsachen entsprechenden Darlegungen unsererseits folgend, sich erlauben, auch das ihnen durch den Staat gewährleistete Koalitionsrecht zu benutzen, sich der Berufsorganisation anschließen, da setzen sich die Herren Unternehmer über den § 152 der Gewerbeordnung hinweg und dekretiren: „Aus dem Verband oder aus kärglich genug bemessenem Lohn und Brod!“

Aussperrt wurden alle Diejenigen, die das Staatsbürgerrecht sich nicht nehmen lassen wollten, und der Staat bezw. dessen Organe ließen das zu. Alle Achtung vor dem guten Willen des Gewerbeinspektors, des Stadtoberhauptes, den Konflikt beizulegen, ihre Versuche scheiterten an dem „Herrim Hause“-Standpunkt der Unternehmer. Hätte da die Regierung des kleinen Landes, in dem ca. 120 ihrer Bürger, die sich in berechtigter Weise gegen die zwei Firmen stemmten, zu Hilfe kommen können? Ach so, wir haben ja einen freien Arbeitsvertrag, und es kann kein Arbeitgeber gezwungen werden, Leute, die er nun mal nicht mag, zu beschäftigen. Wenn aber, wie in diesem Falle, die eine Partei der andern ein Bürgerrecht illusorisch macht, dann sollte der Staat im Interesse der in Frage kommenden Bürger und seiner selbst, mit einem Donnerwetter dazwischenfahren. — Warten wir ab, es kommt vielleicht noch.

Wie hat sich die Gesellschaft im dortigen Bezirke mit dem Konflikt in Neustadt abgefunden? Wenn konservative Elemente vom Schlage der Kardorff und Bismarck

oder die im Centralverbande der Industriellen organisirten Scharmacher sich über das Koalitionsrecht der Arbeiter leicht hinwegsetzen und der Arbeiterschaft am liebsten bei allen ihren Bewegungen Daumschrauben ansetzen möchten, die Herren Freisinnigen sollten doch wohl entsprechend ihrer Parteibezeichnung für die Wahrung des Koalitionsrechtes auch für die Arbeiter sein.

Im dortigen Distrikte dürfte die Fahne der Freisinnigen Volkspartei ja noch stolz wehen. War doch der verstorbene Abgeordnete Baumbach Landrath in Sonneberg, und ist der Coburger Kreis momentan von einem Freisinnigen im Reichstage vertreten, man hat aber noch nichts davon gehört, daß beispielsweise die Presse, die dort jedenfalls zum Theil zur Beilegung des Konfliktes beizutragen. So weit wir informiert wurden von dort, und das geschah wie gewöhnlich etwas mangelhaft, haben wir aber doch gefunden, daß gerade die Presse immer nur die Sache verdrehte, ob mit Willen oder nicht, sei dahingestellt. Es wurde in den verschiedentlichen Notizen über die Aussperrung diese nicht als solche bezeichnet, man schrieb immer nur von der Bewegung der Neustädter Porzellanarbeiter, von dem Ausstande derselben. Und noch in einer vom 3. März datirten Notiz der „Sonneberger Zeitung“ redet man von der in der hiesigen Porzellanindustrie entstandenen Bewegung, hervorgerufen durch die Zugehörigkeit zum Verband, und weiter heißt es: „Während ein Theil der vom Ausstande betroffenen Arbeiter“ Aussperrung und Ausstand ist aber zweierlei und das mag auch der Schreiber der fraglichen Notiz wissen. Aber so wie man gleich zu Anfang der Aussperrung immer nur von der Bewegung, von dem Ausstande der Porzellanarbeiter schrieb, so auch heute noch, wo sich die Angelegenheit ihrem Ende zuneigt. Man scheute sich offenbar, das Kind beim richtigen Namen zu nennen und am Ende sind die Herren Knoch als auch Heber vielleicht auch manhafte Epigonen der Freisinnigen Volkspartei und für solche wäre es doch etwas genant, wenn man sie der Aussperrung ihrer Arbeiter bezichtigt, der Aussperrung wegen Inanspruchnahme des Koalitionsrechtes, für das auch die Freisinnige Volkspartei — eintritt.

Man sollte meinen, in solcher kleinen Stadt, wo die bürgerliche Gesellschaft leicht alles überblicken kann, da hätte diese sehr wohl ihren Einfluß aufbieten können, um solche beide Theile schädigende Konflikte recht bald aus der Welt zu schaffen, statt dessen zetert man über die Begehrlichkeit der Arbeiter, die so stark ist, daß sie sogar ein gesetzliches Recht gewahrt wissen wollen — und sucht nach Mitteln, die „sozialdemokratischen Irrlehren“ unschädlich zu machen. Mit Besterem wird es aber wenig glücken, wir glauben sogar, daß bei der nächsten Reichstagswahl die Porzellanarbeiter ohne Ausnahme „roth“ wählen, und die Aussperrung in Neustadt mag daran nicht den kleinsten Theil der Schuld tragen. Das wäre auch ein Erfolg der Aussperrung!

Was wird nun, nachdem der Verband mit Unterstützungsgewährung Schluß machte, mit den übrig gebliebenen Aussperrten werden? Die oben citirte Notiz der „Sonneberger Zeitung“ besagt, daß in mancher Familie Kummer und Noth eingekehrt ist und es mag ein gut Theil Wahrheit darin stecken. In unserem christlichen Staate soll ja aber bekanntlich Niemand verhungern, und wenn Arbeit für die Aussperrten nicht vorhanden

ist, wird der Staat am Ende doch eingreifen und für Arbeit und Brod sorgen müssen.

In der Notiz der „Sonneberger Zeitung“ heißt es am Schluß: „Wie das „Tageblatt für Neustadt“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, werden in beiden hiesigen Etablissements der Porzellanbranche verschiedene der noch feiernden Arbeiter ihre Thätigkeit demnächst wieder aufnehmen“.

„Verschiedene“, dieses Wort läßt manche Deutung zu, doch wollen wir vorläufig nicht darauf eingehen. Wir würden uns freuen, wenn die Notiz den Thatsachen entspricht und wenn auch vorläufig nur ein Theil unserer Verbandsgenossen und Genossinnen wieder eingestellt würde. Und hoffentlich zwingen die betreffenden Firmen die Arbeiter nicht, nach alledem, was diese als auch die Firmen Unangenehmes während der Aussperrung hinnehmen mußten, nun auf ihr Recht, der Zugehörigkeit zur Organisation, zu verzichten. Wir werden hoffentlich über die weitere Gestaltung der Dinge in Neustadt von dorthier auf dem Laufenden erhalten bleiben, damit wir den Lesern der „A.“ bezw. allen Angehörigen des Porzellanarbeiter-Verbandes, der es sich in dem Kampfe um das Koalitionsrecht eine ansehnliche Summe Geldes hat kosten lassen, auch entsprechend berichten können.

— Von **Eisenberg** wird mitgetheilt, daß in der Porzellanfabrik von F. A. Reinecke Differenzen ausgebrochen sind. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß es im Wege der Verhandlungen gelingen wird, die Differenzen recht bald zu beseitigen. Bevor eine Mittheilung hierüber aber nicht in der „A.“ erschienen ist, werden die Berufsgenossen allerorts die in solchen Fällen nöthige Vorsicht trawigen Gesuchen der Firma gegenüber walten lassen.

— Herr Carl Better in **Reheim** theilt uns unter Bezugnahme auf die Notiz in Nr. 10 der „A.“ mit, daß der Vorwurf, er biete seine Arbeiten um 7 pSt. billiger als andere Maler an, nicht stichhaltig sei und durch nichts bewiesen werden könne.

— **Ramenz.** Zur Lage der in den Glasmalerei-Betrieben beschäftigten Arbeiter. Wie wenig auf Rosen gebettet die in Glasmalereien beschäftigten Kollegen sind, darüber wird wohl die nächste Zukunft authentische Beweise zu Tage fördern. So wird die nächste Ostern geplante Glasmalerkonferenz schon Gelegenheit bieten, Material über Mißstände im Arbeitsverhältniß in mehr oder weniger großer Menge zusammenzutragen, zum mindesten werden dort Anregungen getroffen und Beschlüsse gefaßt werden, deren Ausführung die Organisation dieser Arbeit in sich bergen wird; dafür sprechen verschiedene Punkte der vorgeschlagenen Tagesordnung. Daß es noth thut, daß endlich einmal ernstlichere Schritte zu einer Bessergestaltung unserer Lebensbedingungen in unserer Branche gethan werden müssen, darüber dürfte sich auch der Indifferenteste und Blödeste bald im Klaren sein; haben sich doch schon Vertreter anderer Kreise und Berufe mit der Lage der Maler im allgemeinen und ganz besonders mit den Glasmalern beschäftigt und die der letzteren in ganz drastischer Weise dargestellt, was leider der Wahrheit nur allzusehr entspricht. So läßt sich ein organisirter Buchdrucker aus, der, nachdem er während seines Erholungsurlaubes — welches schönes Wort — auf einer Reise Gelegenheit genommen, sich in einem größeren Glasindustrieorte (Weißwasser) Einblick in die Produktionsverhältnisse dieses Industriezweiges zu verschaffen, im verflochtenen Herbst im „Fachgenosse“, Organ der Glasarbeiter in glücklicher Gegenüberstellung der Lage seines

infolge der ausgezeichneten Organisation dastehenden Berufes gegenüber der der Glasarbeiter in Bezug auf die Glasmaler schreibt: „Ein langer Arbeitsraum; an beiden Seiten sitzen die Glasmaler, die emsig Gläser und Schirme mit Blumen und Monogrammen verzieren. War die Luft in der Schleiferei dick, staubig, ja fast undurchsichtig, so ist sie hier wohl klar, aber der Geruch der Farben muß auch hier die Lungenschwindsucht herbeiführen. Fast alle Maler sind klapperdürre Figuren, deren Stimme hohl und matt ist. Die Folgen der schlechten Luft und langen Arbeitszeit haben ihre Opfer gezeitigt.“

Und in der That, so ungünstig und tieftraurig diese Kennzeichnung für die gesammte Kollegenschaft ist, dieser Genosse hat mit der Wiedergabe seiner Eindrücke den Nagel mitten auf den Kopf getroffen, da dieses durchgängig zutreffend ist. Auf Grund unseres Berufes müßten wir wohl hohen Anspruch auf Intelligenz machen können, jedoch aber daß es bereits so weit mit uns gekommen, haben wir allein schon dadurch fast jedes Anrecht auf solchen Anspruch verwirkt und ich könnte, um diese Thatsache noch besonders zu beleuchten manches Beispiel in gewisser Hinsicht erbringen, will mich aber, wissend, daß durch Vorwürfe wenig zu erreichen, darüber nicht verbreiten, vielmehr will ich mir Mühe nehmen, in Kurzem einige Uebelstände zu behandeln, resp. Anregungen zu deren Beseitigung zu geben und ich behaupte, wenn jeder einzelne Kollege hier sofort mithelfend eingriffe, wir in kurzer Zeit ein großes Theil für unser Prestige zurückerobern könnten.

Da sind vor allererst die mißlichen Organisationsverhältnisse, die sich zum Theil daraus erklären, daß sich die Kollegen auf unendlich viele Orte vertheilen und infolgedessen mit ganz wenig Ausnahmen sich auf einen kleinen Kreis in dem einzelnen Orte beschränken. Dies läßt eine gesunde Begeisterung für höhere Ziele nicht recht zustande kommen; infolge der geringen Zahl kann in den örtlichen Organisationen, soweit überhaupt solche bestehen, zur gegenseitigen Anfeuerung und Aufklärung wenig gethan werden, ganz zu schweigen von Orten, wo von einer Arbeiterbewegung überhaupt nicht viel zu merken, und so die Kollegen in den Tag hineinleben und an ein Sichorganisiren kaum denken. Hier muß unbedingt eine planmäßige Agitation einsetzen, so schwer und opferreichend sie auch sein mag; das wird die erste und vorderhand nothwendigste Aufgabe der Konferenz sein müssen.

Dazu kommt noch, soweit die Kollegen organisirt sind, eine unheilvolle Zersplitterung dadurch, daß ein Theil im Porzellanarbeiter-, ein anderer im Glasarbeiter- und wieder ein anderer vielleicht im Glaserverbande organisirt ist; dies kann auf keinen Fall zu etwas Ersprießlichem führen und wird in diesem Falle früher oder später eine Klenderrung getroffen werden müssen, indem es dann bloß eine Lösung geben kann. Es würde sich sonst die Gewinnung Unorganisirter zur Organisation immer mehr oder weniger als unmöglich gestalten und selbst im günstigen Falle eventuell einmal recht nothwendig werdende Einheitlichkeit niemals zustande kommen. Meine Ansicht geht dahin, daß Formen gefunden werden mögen, die es ermöglichen, alle Kollegen unter nur einem Hut zu bringen, worüber sich die hiesigen Kollegen, welche sich ebenfalls in zwei Verbände theilen, bereits einig sind und werden wir zur geeigneten Zeit mit geeigneten Vorschlägen an die maßgebenden Stellen heran-

treten. Vieles könnte jedoch trotz der unbehaglichen und erschwerenden Organisationsverhältnisse besser sein, wenn die Kollegen selbst mehr auf sich halten würden gegenüber den manchmal schon gar zu durchsichtigen Manipulationen und arroganten Handlungsweise eines Theiles unserer Unternehmer; es sind thatsächlich schon allzuwiele Fälle vorgekommen sowohl hier, wie auch anderorts, angesichts derer die betroffenen Kollegen ein heiliger Zorn und Entrüstung hätte übermännern und Alles zu deren energischer Zurückweisung angewandt werden müssen; statt dessen hat man sich geduckt, trotzdem man organisirt war.

Das unleidliche Akkordsystem, welches die Unternehmer zu einer verwerflichen Schleuderkonkurrenz verleitet, uns immer mehr herunter gedrückt hat und immer großartigere Blüten zeitigt, ist wiederum ein Stein, der uns schwer am Halse hängt, so daß wir uns kaum noch aufrichten können; diesem können wir nur steuern dadurch, indem wir dasselbe mit allen Mitteln bekämpfen, zum mindesten aber eine durchwegs einheitliche Regelung der Akkordpreise und der Arbeitszeit herbeizuführen suchen und dies könnten wir durch Heranziehen möglichst vieler zur Organisation unschwer erreichen.

Als ein weiteres Glied der uns fesselnden Kette ist das Zwischenmeistersystem, die Ausbeutung des Arbeiters durch den Arbeiter. Allgemein bekannt ist, daß die sogenannten Meister mit ganz wenig Ausnahmen nicht gerade die besten Elemente sind, die, um ihren „fetten“ Posten ja nicht etwa zu verlieren, jedem Winke und selbst dem gelindesten Drucke von oben nicht einmal, und sei es in der bescheidensten Weise, entgegentreten, sondern einfach alles auf „ihre“ Gehilfen abwälzen durch fortgesetztes Herunterdrücken der Akkordpreise und sonstiger mannigfaltiger Benachtheiligungen, ohne daß sie sich nur ein einzigmal bewußt zu werden scheinen, daß auch sie ebenfalls bloß arme Proletarier sind, die, wie schon so häufig, wenn sie wieder mal ganz unten angelangt, demselben von ihnen früher angewandten Druck und Trick ausgesetzt sind. Diesen „Meistern“ muß in Zukunft energisch auf die Zehen getreten und diese ganz besonders im Auge gehalten werden; man möge dort, wo es die Kollegen in der Hand haben, dafür zu sorgen, daß zur Leitung der Malerei eine fix besoldete Kraft eingestellt wird.

Sehr auffällig ist eine Notiz in der letzten Nr. des „Nordböhmer Volksboten“ aus Weißwasser, wo das Meistersystem ganz besonders in die Galme geschossen ist, welche sich angeblich mit der misereren Lage der dortigen Glasmaler befaßt, diese aber mit hohen Durchschnitts-Wochenverdiensten beweisen will, sodas der Pferdesuß doch gar zu deutlich hervorplumpft. Nicht etwa daß wir meinen, daß dies schon hohe Einkommen sind, sondern weil wir über dortige Verhältnisse ziemlich genau unterrichtet sind und vor wenigen Monaten auch eine Notiz durch unsere Gewerkschafts- und Parteipresse ging, in der diesbezüglich ganz andere der Wahrheit jedenfalls viel näherstehende Angaben gemacht wurden, hegen wir einen wohl berechtigten Zweifel an der Richtigkeit der eben genannten Notiz. Zu Gunsten und zur Ehre der organisirten Kollegen in Weißwasser nehmen wir an, daß diese mit der Notiz nichts zu thun haben, diese vielmehr ein wohlberichtetes Jesuitenkunststückchen, einen durchsichtigen Meistertrick darstellt. Wir erwarten von den dortigen Kollegen, daß der Wahrheit die Ehre zuteil und dem Mißbrauche der Lohnstatistik ganz energisch zu Leibe ge-

langen wird. Fragen muß man sich: Was soll durch diese Notiz erreicht werden? und man wird sofort die Antwort finden, wenn man in Betracht zieht, daß die Notiz in einer Zeitung erscheint, in deren Verbreitungsgebiet die Löhne im Allgemeinen auf einem sehr tiefen Niveau stehen und außerdem stets eine Reservearmee bis zu einigen Hundert Mann zur Verfügung steht, wie die Statistik beweist.

Unverläßlich ist, daß wir unseren Kollegen in Böhmen reinen Wein über reichsdeutsche Verhältnisse einschenken,\*) damit diese nicht unbewußt uns eventuell in unseren Aktionen zur Erreichung menschenwürdigerer Zustände hinderlich sind. Empfehlen dürfte sich ferner, wenn ein Vertreter des Nordböhmischen Verbandes an unserer Konferenz theilnahme. Im Uebrigen, gehen wir ungesäumt ans Werk, unbeschadet darum, was dem einen oder anderen deswegen zustoßen mag, für diese wird immer wieder gesorgt werden; denn zu verlieren haben wir fast nichts, im Gegentheil wir können nur gewinnen.

Sieber.

Der Verfasser des Eingekandt in Nr. 5 der „A.“ aus **Kahla**, „Erlebnisse eines Malers in der Aktienfabrik, sendet auf die hierauf erfolgte „Entgegnung“ in Nr. 9 Folgendes. Wir hätten ohne Weiteres den Schluß der öffentlichen Diskussion in dieser Sache, nachdem beide Theile gesprochen, eintreten lassen; es sind von den Vierunddreißig, die die Entgegnung unterzeichneten, aber nur eine kleine Minderheit Verbandsmitglieder, so daß wir unserem Mitgliede doch das letzte Wort (abgesehen von dem, wenn die Zahlstelle R. etwa in der Sache sich noch äußert) gestatten müssen.

„Zu der „Berichtigung“ gegen mein Eingekandt in Nr. 5 der „A.“ möchte ich einige Bemerkungen machen. Ich erkläre, daß ich meine Ausführungen vollständig aufrecht erhalte und nichts davon zurücknehme. Der Schreiber der Berichtigung hat sich vergebliche Mühe gegeben, meine Ausführungen als falsch hinzustellen. Er beschäftigte sich zumeist mit meiner Person und will dadurch wohl die Angelegenheit abschwächen. Trotzdem der Schreiber von Anstand spricht, hat er selbst sehr wenig davon gezeigt. Wenn man der Öffentlichkeit glauben zu machen versucht, die Berichtigung wäre von den 34 Kollegen aus freiem Antriebe unterschrieben, so werden doch wenige denkende Leser diesen Glauben theilen. Man braucht die Berichtigung bloß genau durchzulesen und man wird dies finden. Nach meiner Information ist keiner der Kollegen, sondern ein „Ober“, J. V. der

\*) Anmerkung des Redakteurs. In dieswöchentlichem Nr. des „Nordb. Volksb.“ finden wir zu dieser Angelegenheit folgende Notiz: „Weißwasser D.-L. (Zur Lebenshaltung der hiesigen Glasarbeiter.) Beim Lesen der Notiz mit obiger Spitzmarke in Nr. 9 dieses Blattes dürften wohl die Kollegen die Meinung gehabt haben, daß die angegebenen Verdienste wohl als auskömmliche bezeichnet werden könnten. Diese Meinung wird uns Gegentheil umschlagen, wenn dagegen mitgeteilt werden muß, daß der Durchschnittsverdienst der Glasmaler im zweiten Quartal nur 28,64 Mark, anstatt 26,88 Mark und im dritten Quartal nur 20,42 Mark betrug. Während dieser zwei Quartale herrschte guter Geschäftsgang. Das vierte Quartal 1902 sowie das erste Quartal 1903 dürften noch bedeutend niedrigere Zahlen aufweisen. Gegenwärtig gehen die Malereien sehr faul. Zu alledem ist zu bemerken, daß hier selbst ziemliche Anforderungen an die Taschen der Einwohner gestellt werden. Die Wohnungsmiethen sind mindestens 160 pSt. theurer als anderswo. An Kommunalabgaben werden 200 pSt. der Einkommensteuer erhoben. Stwaige Gelüste, möglichst darnach zu streben, um sich in Weißwasser niederzulassen, dürften wohl durch Vorstehendes gänzlich verschwinden.“

Verfasser der „Berichtigung“. Wer die Verhältnisse in Kahla kennt, wird den Zusammenhang der Sache leicht errathen können. Auch die Ausführungen der Altenburger Volkszeitung, wonach der Obermaler Günther die Unorganisirten einzeln an einen stillen Ort hat kommen lassen und auf die Leute eingewirkt haben soll, läßt erkennen, wie die Berichtigung zu Stande gekommen ist. Mancher dieser 34 mag beim Unterschreiben etwas wie Ekkel empfunden, eine Faust in der Tasche gemacht haben, aber die Aussicht, mit der Hungerpeitsche Bekanntheit machen zu müssen, mag demselben die Feder in die Hand gedrückt haben.

Wenn der Schreiber nun ausführt, ich hätte von Lohnreduzierungen und Abzügen geschrieben, so habe ich dieses als auf alle Unternehmer zutreffend gemeint. Wenn dies der Schreiber der Berichtigung auch für Kahla zutreffend findet, so ist das keine Sache, übrigens dürfte es nicht schwer fallen, Beweise in dieser Beziehung zu bringen. Was die Ausführungen über meine Arbeiten anbetrifft, so erkläre ich es für unwahr, eine Arbeit weggenommen zu haben, Zeuge dafür ist mein derzeitiger Nachbar; auch war von einem 5 mm-Farbenband nichts vorgeschrieben. Ein Muster zu der Arbeit hatte ich nicht. Als ich die größte Hälfte schon gerändert hatte, sagte mir mein Nachbar, ich möchte die Linien etwas tiefer setzen; nur an 5 Stücken des Artikels war ein nennenswerther Unterschied zu finden und hat Herr Günther die Arbeit auch anstandslos abgenommen. Wäre dieselbe schlecht ausgeführt gewesen, so würde er diese beanstandet haben. Ferner habe ich Herrn Günther aufgefordert bei meinem Abgange, ob er an meinen Arbeiten etwas auszufügen hätte; er erklärte mir vor dem ganzen Personal: „Nein“. Auch hat er bei der Abnahme niemals eine Arbeit von mir beanstandet. Da man meine Ausführungen nicht zu entkräften vermochte, hat man sich auf diesen Punkt etwas zu Gute gethan und gedacht, mir eins auszuwischen zu können. Es dürfte auch das mißlungen sein und kennzeichnet dies zugleich die Wahrheitsliebe des Schreibers.

Was derselbe ferner über die Verbandszugehörigkeit ausführt, so wunderte ich mich darüber, wie man so etwas schreiben kann. Es dürfte ein leichtes sein, die Zahl der Kollegen, die schon gerade wegen dieser Sache geflogen sind, zu ermitteln; warum ging denn der Obermaler Günther vor kurzem noch von Mann zu Mann, um die Zahl der Verbandsmitglieder festzustellen. Welche Gründe trieben den Mann zu diesem Beginnen? Ferner soll es schon öfter vorgekommen sein, daß man Maler auf dem Nachhausewege zu überreden versuchte, vom Verbandszugehören. Vielleicht suchen die Kahla'er Kollegen die Zahl der Hinausbugirten festzustellen. Als ich in der ersten Woche während der Pause die „A.“ las, rief mir mein Nachbar zu: „um Gotteswillen, thun Sie die „A.“ weg, wenn es der „Eiserne“ sieht, sind Sie am längsten hier gewesen“. Wenn man ferner sieht, mit welcher Aengstlichkeit man seine Verbandszugehörigkeit zu verheimlichen sucht, so wird man die Ausführungen in der Berichtigung nicht als Wahrheit ansehen können. Was die Reinlichkeit angeht, so ändert sich an der Sache nichts, wenn man schreibt, an dem betr. Tische hätte kurz zuvor noch ein anderer Kollege gearbeitet. Was die Ordnungsliebe des Schreibers betrifft resp. wie weit dieselbe geht, dies festzustellen ist nicht meine Sache. Betonen aber möchte ich, daß es verschiedene Begriffe von „Ordnungsliebe und Reinlichkeit“ giebt. In den meisten

Fabriken resp. Malereien gehört zur Ordnung und Reinlichkeit eine Waschanlage. In Kahla ist das nun wieder anders, man macht die Sache praktischer: man nimmt einen Schluß Wasser, spuckt in die Hände und hat die beste Waschanlage von der Welt. Es ist in allererster Linie Pflicht der Oberen, wenn dieselben wirklich Ordnungsliebe und Reinlichkeitsföhrung besitzen, für ordentliche Waschanlagen einzutreten. Was meine Verdienste in der „Aktien“ betrifft, so habe ich ebenfalls nur die Wahrheit geschrieben. Es kommen auf die Woche durchschnittlich etwas über 18 Mk. Ist das bei einem derartigen Knuffen beim flottesten Geschäftsgang nicht ein sehr niedriger Verdienst! Wenn man schreibt, die Löhne balanciren von 20 bis 38 Mark die Woche, so hat man bloß vergessen anzuführen, wie viel Kollegen weit unter 20 Mk. verdienen. Was die 38 Mk. betrifft, so dürften das Ausnahmen sein; betrachtet man sich übrigens die Arbeitszeit, das angestrengte maschinenmäßige Arbeiten, so dürften 38 Mk. die Woche nicht zu viel sein. Es giebt ja Leute, deren ganze Beschäftigung es ist, Rauchwolken in die Luft zu blasen und dafür noch mehr wie 38 Mk. bezahlt zu bekommen, wie viel mehr wäre dann solcher Lohn bei einem angestrengt arbeitenden Maler angebracht.

Bezüglich meiner „Ausführung“ in der Malerei stellt man Herrn Günther als die reine Unschuld hin, während man mich quasi als einen Radaubruder bezeichnet. Dazu diene Folgendes:

Als ich in der „Aktien“ eintrat, fiel mir gleich das Benehmen des Hrn. Günther gegen seine Untergebenen auf. Das Prädikat „Herr“, scheint derselbe nur für sich zu beanspruchen! Ich hatte mir, nachdem mir der Herr beschrieben wurde, vorgenommen, mit der größten Höflichkeit an denselben heranzugehen, vielleicht würde er sein Benehmen mir gegenüber ändern. Ich konnte auf keinen Fall höflicher sein, als ich es gegen Herrn Günther war! Leider blieb das Benehmen dieses Mannes gegen mich dasselbe. Die Grobheit dieses Herrn erreichte den Höhepunkt, als ich denselben im höflichsten Tone von der Welt ersuchte, er möchte mir bei verschiedenen Posten einen Nachtrag machen. Er rief mir einfach das Buch aus der Hand und warf es auf den Tisch. Ich machte den Herrn ebenfalls wieder in höflichem Tone aufmerksam, daß ich mir eine derartige Behandlung verbäte, da ich ihm doch auch höflich und anständig käme. Der Herr war ganz starr über diese „Frechheit“ meinerseits. Das war in der zweiten Woche. Es war, wenn ich nicht irre, der erste Tag nach Neujahr, wo ich erst um 8 Uhr zur Arbeit kam; (nach mir kamen noch eine ganze Anzahl Kollegen) Herr Günther kam auf meinen Platz, klopfte mit der Faust auf meinen Tisch und sprach: „Eher kommen“ und ging dann zur Thüre hinaus, da er einen andern der später Kommenden, eine Klüge nicht erteilte, so mußte ich zur Ansicht kommen, daß es der Herr auf mich abgesehen hatte. Als er wieder in den Saal kam, ging ich an seinen Platz und sagte: „Das Recht, mich auf pünktliches Kommen aufmerksam zu machen, haben Sie, wollen Sie mir aber bitte auch einmal Arbeit geben, womit ich was verdienen kann.“ Ich zergliederte dann dem Herrn, daß man mit bei dem in Arbeit habenden Muster unmöglich auskömmlichen Verdienst erzielen könne! Die Antwort darauf war: „Gehn's mir weg“, und es kam zu einer Urseinerlegung. Mit dem betr. Artikel konnte ich, so wie jeder andere Maler höchstens auf eine Mark pro Tag kommen.

Ich machte den Artikel anstandslos fertig in der Hoffnung, Herr Günther würde so viel Einsicht haben und mir beim nächsten Mal auskömmlichere Arbeit geben. (Die Preise für diesen waren schon alte, trotz wiederholter Beschwerden wurde nichts zugelegt, auch nichts abgeändert.) Da kam ich aber schief an, wenn ich dem Herrn Einsicht zutraute, die Arbeit, die er mir gab war dasselbe Muster! Ich hätte also in dieser Woche 6 Mark verdient. Ich begab mich mit dem Arbeitszettel wieder zu Herrn Günther und wollte ihm klar machen, daß ich doch nicht mit 6 Mark zu Hause gehen könne. Es wäre doch eine Schande für's Geschäft, wenn derartige Löhne erzielt würden, man in der besten Konjunktur nicht einmal sein Kostgeld bezahlen könne! Trotz meiner im höflichen Tone gesprochenen Ausführungen erwiderte mir der Herr im barschen Tone: „Hab nichts anders“ stand auf und ließ mich stehen. Wenn man in einer solchen Weise einem dummen Jungen gleich behandelt wird, trotzdem man sich der größten Höflichkeit befleißigt, so möchte ich denjenigen sehen, der da die Geduld nicht verlieren wollte. Es folgte eine höchst erregte Auseinandersetzung, die damit endete, daß ich mich zu Herrn Bünzli begab. Derselbe ließ nichts auf Herrn Günther kommen und kündigte mir meine Stellung. Als ich wieder in die Malerei kam, theilte ich Herrn Günther mit, daß ich gekündigt, mit dem Bemerkten, daß ich während der 14 Tage auskömmliche, (nicht wie sie mir passe) Arbeit verlange. Herr Günther sagte mir, er ließe mich überhaupt nicht mehr weiterarbeiten. Es kam abermals zum Krach und wenn ich den Herrn dabei etwas unfaßt angefaßt habe, so hat er sich dies selber zuzuschreiben, denn auf einen groben Klotz, gehört ein grober Keil. Wie steht es denn ferner, möchte ich den Schreiber der Berichtigung fragen, mit den „Michel'n“ und „Schweinen“ von denen ich geschrieben? Warum hat man denn das nicht „berichtigt“? Ein gutes, sicher wirkendes Mittel gegen Bergeßlichkeit u. s. w. wäre der „Nürnberger Trichter“. Für die wohlmeinenden Wünsche des Herrn F. L. danke ich schön, doch will ich mich gerne erkenntlich zeigen, indem ich es mir zur Pflicht mache, überall aufklärend über die Verhältnisse in der Aktien, insbesondere der Gepflogenheiten des Herrn Günther zu wirken.

**Soziales, Gewerkschaftliches etc.**

— In **Neustadt bei Coburg** haben Gewerbegerichts-Wahlen stattgefunden. Die Wahlbeteiligung war eine schwache seitens der Arbeiter, noch schwächer allerdings jene der Arbeitgeber.

Für die Gruppe der Porzellanarbeiter wurden mit 33 und 48 Stimmen die Porzellanarbeiter Luther und Braunschmidt gegen 15 Stimmen gewählt.

Die während der Aussperrung unserer dortigen Mitglieder bei den Firmen Gebrüder Knoch und Heber u. Co. in Arbeit getretenen Arbeitswilligen hatten eine Liste von Kandidaten für sich aufgestellt, wären diese Arbeitswilligen als Gewerbegerichtsbeisitzer gewählt worden, so würden diese allerdings wohl die ungeeignetsten Vertreter der Rechte der Arbeiter vorstellen. Denn, wie kann man Recht sprechen, wenn man auf sein eigenes vornehmeres Staatsbürgerrecht freiwillig verzichtet?

— In **Mannheim** hat nach der „Mataarbeiters Zeitung“ eine Versammlung von circa 2000 Arbeitern der Benzschon Maschinenfabrik beschlossen, sich der Aufstellung von Kontrolluhren zu widerlegen, bezw. dieselben nicht zu benutzen. In der Ver-

sammlung wurde u. A. gesagt: Die Direktion möge die Kontrolluhren auf den Schreiberbureaus anbringen, damit dort die Zeit kontrolliert werden könne, welche für die Ausrechnung der Lohnreduktionen aufgewendet werde. — Eine neuere Nachricht besagt, daß die Firma von der Aufstellung dieser Kontrolluhren Abstand genommen hat.

— In **Kopenhagen** ist der Sozialdemokrat J. Jensen, ein früherer Malergehülfe und jetzt Vorsitzender des Gesamtverbandes der dänischen Gewerkschaften zum Finanzbürgermeister gewählt worden. Es mag dies wohl für manchen Sozialistenfresser eine schreckliche Sache sein, doch Kopenhagen hat durch einen Fackelzug seiner Freude Ausdruck gegeben ohne Rücksicht auf Sozialistenfresser und Angstmeier.

— In **Brüssel** befindet sich für etwa nach dort verschlagene Gewerkschaftsmitglieder bezw. Parteigenossen eine Herberge bei L. Josif, Place St. Gery 6-7 in der Nähe der Börse. Die Adresse des Präsidenten des deutschen Arbeitervereins ist: Louis Scholz, Rue de Munich 62, St. Gilles.

— In **St. Louis** findet im Jahre 1904 eine Weltausstellung statt. Im Verlage von J. S. Weber (Illustrierte Zeitung) in Leipzig wird auf Grund des vom Reichskommissariat übermittelten Materiales eine Zeitschrift herausgegeben „Mitteilungen betreffend die Weltausstellung in St. Louis 1904.“ In der Nr. 1 derselben finden wir Folgendes, was auch die Arbeiter unserer Industrie interessieren dürfte. „Der Verband keramischer Gewerke in Deutschland erläßt an seine Mitglieder durch den Vorstand ein Rundschreiben, betreffend die Beteiligung an der Weltausstellung in St. Louis 1904, dem wir folgendes entnehmen: „Aus den Mitteilungen des Herrn Reichskommissars heben wir nur kurz hervor, daß Deutschland in dem Finanzjahr 1901/02 mit einem Werth von 102 Millionen Dollars an der amerikanischen Einfuhr beteiligt war und in dieser Hinsicht an zweiter Stelle, unmittelbar nach Großbritannien steht. Die keramischen Erzeugnisse sind daran mit 24 Millionen, Porzellan allein mit 18 Millionen beteiligt.“

Unter Berücksichtigung dieser Daten und unter Beachtung des Umstandes, daß unsere stärksten Konkurrenten, Frankreich und Großbritannien, sich an der Ausstellung gleichfalls offiziell beteiligen, dürfte es gewiß geboten sein, daß die deutsche Keramik in St. Louis würdig vertreten wäre. In Amerika sind die Erwartungen, die an das Auftreten Deutschlands geknüpft werden, hoch gespannt und es könnte nicht ohne schädigende Rückwirkungen auf die deutsche industrielle Stellung in den Vereinigten Staaten bleiben, wenn Deutschland nur ein unvollkommenes, lückenhaftes Bild seines Gewerbefleißes bieten würde.

Auch auf der Weltausstellung in St. Louis soll auf die Vereinigung gleichartiger Industrieerzeugnisse zu sachlich und räumlich geschlossenen Gruppen Bedacht genommen werden, insbesondere sollen die auszustellenden keramischen Erzeugnisse in einem schönen, großen Saal untergebracht, und das Arrangement hierzu wird von dem Kommissar selbst getroffen und bestellt werden. An den Kosten partizipieren die Aussteller je nach der Größe des benutzten Platzes; dieselben werden sich dabei wesentlich geringer stellen, als wenn jeder einzelne für das Arrangement selbst Sorge zu tragen hätte.“

**Gotha.** In der am 14. Februar stattgefundenen gutbesuchten Zahlstellenversammlung hielt, nach Erledigung der ersten 3 Punkte der Tagesordnung, Gen. R. einen Vortrag über „den Nutzen und die Bedeutung der Organisation“. In seiner 1 1/4 stündigen Rede legte Gen. R. klar, was die Arbeiter ohne jegliche Koalition sind. Der Arbeiter ist von seinen Produktionsmitteln getrennt, als beschlossener Proletariat verkauft er infolgedessen seine Arbeitskraft dem Unternehmer. Derselbe sucht nun den Arbeiter so viel als möglich auszunutzen; um dieser Ausbeutung in der wirksamsten Weise entgegen zu treten, bedarf der Arbeiter des Koalitionsrechtes, damit er sich vereinigen kann. Der Arbeiter als Einzelner ist machtlos, jedoch ist eine gut ausgebaute Arbeiterorganisation ein Machtfaktor, mit dem jeder Unternehmer rechnen muß. Ferner geißelte Redner die Arbeiterschutzgesetzgebung, welche noch sehr mangelhaft sei und dem Unternehmertum, vermöge der gegenwärtigen Klassenjustiz, bedeutend mehr Recht gewährt, wie dem Arbeiter. Auch bedürfte es zur Aufklärung unter den Arbeitern Männer, welche unerschrocken auf der einmal begonnenen Bahn weiterzuschreiten, nicht die Maßregeln des Unternehmertums fürchten und ihre ganze Kraft für das Gelingen unserer Organisation einsetzen. Am Schluß seiner Rede betonte Gen. R. noch, zur Gründung und Erhaltung der Gewerkschaften bedürfen wir der gesetzlichen Garantie, diese können wir aber nur erlangen, wenn möglichst viele Vertreter der Arbeiterklasse in den gesetzgebenden Körperschaften vertreten sind. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine sachlichen Ausführungen. Hierauf erfolgte nach Erledigung des Punktes Verschiedenes Schluß der Versammlung um 12 Uhr.

**Röppelsdorf.** In der letzten Zahlstellen-Versammlung wurde u. A. auch über verschiedene mißliche Arbeitsverhältnisse in der Porzellanfabrik von Hering & Weidhase diskutiert bezw. die Handlungsweise der Inhaber aufs Schärfste kritisiert und verurtheilt. Im Januar konnte in der Dreherei 4 Tage lang nicht gearbeitet werden, weil ein heizbarer Ofen nicht vorhanden war. Vorgekommen ist es, daß 8 Tage lang der Arbeitsraum nicht gekehrt worden ist, so daß, wenn etwas zu Boden gefallen, dieses erst aus dem Schmutz herausgewählt werden mußte. Bezüglich der Bretter ist in der Dreherei Mangel vorhanden, und die Behandlungsweise durch den Oberdreher ist entschieden zu mißbilligen. Es ist maschinelle Einrichtung in der Fabrik vorhanden, trotzdem ist es nicht möglich, einen auskömmlichen Lohn zu erzielen. Die Löhne schwanken zwischen 8 und 12 Mk. Die Einrichtungen sind im mangelhaften Zustande. Preisverzeichnisse sind nicht vorhanden. Des Sonntags müssen die Arbeiter bis 7, ja 8 Uhr Abends warten, ehe sie ihre paar Mark erhalten. Heute werden Arbeiter angenommen, morgen entlassen; ein ununterbrochener Wechsel ist vorhanden und dadurch wird auch unsere Verbandskasse in Mitleidenschaft gezogen. Um Letzteres zu verhüten, beschloß die Versammlung, Vorstehendes zu veröffentlichen, und werden die Kollegen, welche bei dieser Firma in Arbeit treten wollen, ersucht, sich zuvor über die Arbeitsverhältnisse bei der Zahlstellen-Verwaltung zu erkundigen.

**Wosthappel.** Der letzte Zahlabend, welcher bei einem Bestand von 66 Mitgliedern von nur 20 besucht war, hatte einige, speziell für die hiesigen Mitglieder wichtige Punkte zur Berathung, die dem hier eingerissenen Schandrian etwas zu Leibe rücken möchten. Vorerst wurden die Ausschussmitglieder beauftragt, über die schon angelegten und über die beim Stiftungsfest eventuell überschüssigen Gelder Statuten für einen örtlichen Unterstützungsfonds auszuarbeiten und dem nächsten Zahlabend vorzulegen. Abschluß wurden für den Kranken Gen. Hoffmanns Bilda 5 Mk. bewilligt. Nachdem diese Punkte erledigt, stellte ein Mitglied die Frage, ob ein Zahlabend einer Versammlung gleich zuerachten sei oder ob darin ein Unterschied bestehe. Die Mitglieder seten darüber getheilte Meinung und müsse hier Klarheit geschaffen werden, obgleich logisch, daß beide Arten der Zusammenkünfte gleichbedeutend sind. Hieran schloß sich eine lebhafteste Debatte, in der ein Mitglied hervorhob, daß bei einem Zahlabend kein vorchriftsmäßiges Bureau bestehe und kein Protokoll geführt werde, welches Letzteres auch als Mißstand anerkannt wurde. Hierauf erläuterte Gen. Schmieder unsere jetzige Handhabung in dieser Sache und betonte, daß der Zahlabend, der so wie so nur alle 4 Wochen stattfindet, einer Versammlung gleich zu erachten und beschlußfähig sei und jedes Mitglied verpflichtet ist, dieselben zu besuchen. Es wurde beschlossen, nur bei Referaten und besonders wichtigen Tagesordnungen öffentliche (angemeldete) Versammlungen auszuschreiben und einen Schrift- bezw. Protokollführer zu wählen. Diese Wahl fiel auf den Gen. Krug. Des weiteren wurde die Einführung einer Präsenzliste beschlossen, die zu jedem Zahlabend und Versammlung nach Schluß derselben verlesen und

am das Resultat des Besuches am Jahreschluss bekannt gegeben wird. Eine Anregung, Zahlabend mit geselligem Beisammensein stattfinden zu lassen, wird ebenfalls Berücksichtigung und wird dies gegentl. mit erörtert werden. Der nächste Zahlabend wurde des Stiftungsfestes wegen auf Sonnabend, den 28. März verlegt und treten da die einschlägigen Beschlüsse erstmalig in Kraft. Nachdem sich noch die Beihilfeschonmitglieder geeinigt hatten, Montag, den 2. März eine Versammlung abzuhalten, schloß er interessante Zahlabend.

**Weißwasser (D.S.).** Die letzte Zahlstellenversammlung hat zur Sanierung (? D. Red.) des Beihilfeschonfonds folgende Resolution angenommen:

„Der Beihilfeschonfond muß seiner Auflösung naturgemäß entgegen gehen, weil die Grundbedingungen für halbwegs dauernde und auskömmliche Existenzbedingungen in unserem Berufe fehlen. Eine für das Bestehenlassen einer Berufskrankenkasse nötige Mitgliederzahl kann sich nur da finden, wo der Beruf die Aussicht bietet, in ihm dauernd sein Brod zu finden und die Verdienste die Höhe haben, daß Beiträge regelmäßig gezahlt werden können.“

Wer die zur Zeit im Porzellanerberufe herrschenden Arbeitsverhältnisse rückhaltlos ins Auge faßt, wird sagen müssen, daß viele der Porzellanfabriken mehr „Buden“ geworden sind, in welchen es dem gereiften Arbeiter ein wahrer Grauen ist, in denselben ein- und ausgehen zu müssen, vorausgesetzt, daß er bei vorgeändertem Alter überhaupt noch gebildet wird, während die jüngere Generation, welche zuerst einer Krankenkasse Lebensfähigkeit sichert, garnicht die Lust verspürt, in dem jammervollen Porzellanerberufe bis zum Lebensende tätig zu sein und daher auch keine Veranlassung nimmt, einer für diesen Beruf bestimmten Zuschußkrankenkasse als Mitglied anzugehören und auch garnicht wegen ihres geringen Verdienstes in der Lage sind, die durch die hohe Krankheits- und Sterblichkeitsziffer verhältnismäßig hohen Beiträge zu zahlen.

Alle gemachten Verbesserungsvorschläge sind nur der letzte Hoffnungsanker der schon bei Jahren befindlichen Beihilfeschonmitglieder, bei denen die Wahrscheinlichkeit des Krankwerdens am ehesten vorliegt, um natürlicherweise ihre durch langjährige Beitragszahlung gewonnenen Rechte nicht einzubüßen.

Durch die schlechten Erwerbsverhältnisse in unserem Berufe fehlt aber die Grundlage für Zufluß junger Mitglieder in gedachte Klasse und können wir uns von keinem der gedachten Verbesserungsvorschläge eine Abhilfe der Kalamität versprechen.“

### Versammlungskalender.

- Berlin-Moabit.** Montag, 16. März, Abends 8 Uhr bei Pfarr, Puttk. Str. 10. Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich.
- Bonn-Doppelsdorf.** Sonntag, 15. März, von 9 Uhr bei Fajbender, Kasernenstr. 16. Wegen öffentlicher Volksversammlung wird die Versammlung pünktlich eröffnet. Alle erscheinen!
- Charlottenburg.** Sonnabend, 14. März, Abends 8 Uhr im Volkshaus. Die Mitglieder des Beihilfeschonfonds werden besonders ersucht, alle zu erscheinen.
- Eisenberg.** Sonnabend, 14. März im Gammels. Wegen wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen aller notwendig.
- Frankfurt a. M.-Offenbach.** Sonnabend, 14. März, Abends 8 Uhr in Sachsenhausen, Post. erhellig, Gr. Rittergasse. Wegen besonders wichtiger Tagesordnung darf kein Mitglied fehlen.
- Geschwenda.** Sonntag, 15. März, Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.
- Gotha.** Sonnabend, 14. März, Abends 8 Uhr Restaurant „Zur Erholung“.
- Hüttensteinach.** Montag, 16. März, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung, halb erscheint Alle.
- Jümenau.** Sonnabend, 14. März, Abends 8 Uhr im „Erbprinzen“.
- Kahla.** Sonnabend, 21. März, Abends 8 Uhr „Rosengarten“.
- Kolmar.** Sonnabend, 14. März, Abends 8 Uhr im Vereinslokal Berch.
- Köln-Chrenfeld.** Montag, 16. März, Abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Mausbach, Schaafenstr. 4. 6. Bahnhof der R. Fr. Eisenbahn, Köln. Herberdortliche Versammlung. Gen. Diten wird über das Thema: „Warum organisieren wir uns“, verhandelt. Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich.
- Magdeburg-Neustadt.** Sonntag, 14. März, Abends 8 Uhr in der Fabrikstr. Vortrag des Genossen über: „Arbeiterversicherungsgesetze“.
- Martinroda.** Sonnabend, 14. März, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Mit Hinsicht auf unsere gegenwärtige Situation hat jedes Mitglied zu erscheinen.

**Mitterteich.** Sonnabend, 14. März, Abends präcise 7/8 Uhr im Vereinslokal. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

**Neuhaldensleben.** Sonnabend, 14. März im Vereinslokal.

**Roslau.** Sonnabend, 14. März bei Baumhardt, „Goldener Anker“.

**Schmiedefeld.** Sonntag, 15. März, Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

**Schwarza.** Sonnabend, 14. März im Vereinslokal. Erscheinen aller ist erwünscht.

**Zettau.** Sonnabend, den 14. März, Abends 6 Uhr bei Herrn Albert Anders. Sämtliche Mitglieder haben zu erscheinen.

**Zirsdorferweh.** Mittwoch, 18. März, Abends 8 Uhr im „Anker“

**Unterhaus.** Sonnabend, 14. März, Abends 8 Uhr im Restaurant „Waldhorn“. Alle erscheinen.

## Emil Böhme

Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmied und alle goldhaltigen Sachen  
Reelle und pünktliche Bedienung.  
Man verlange Prospekte. Aeltestes Geschäft dieser Art.

## Goldschmiedere,

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.  
**Oskar Rottmann, Stadtilm, Th.**

**Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w.** werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt  
**H. Haupt, Dresden-A.**  
Hammerstr. 12.

Alle goldhaltigen Sachen



## Gold und alte Abfälle

Flaschen u. s. w. kauft zu hohen Preisen  
**Herrn. Hammernüller**  
Niederplanitz i. S., Zwickauerstr. 86B.

## Goldschmiedere

sowie alle goldhaltigen Sachen kauft zu hohen Preisen  
**Otto Hamann, Neustadt i. S.**

**Burggrub.** Sonntag, den 15. März, von Nachmittags 4 Uhr ab

## Stiftungs-Fest,

wozu wir die Hiesigen, sowie die Mitglieder der umliegenden Zahlstellen einladen. Festrede vom Gen. Seelmann. Musik und Gesangsvorträge, Couplets, Theateraufführung.  
1,35 Die Verwaltung.

**Herrnsdorf.** Sonntag, den 22. März, von Abends 7 Uhr ab feiert die Zahlstelle ihr

## Stiftungs-Fest

bestehend in Ball. Die umliegenden Zahlstellen werden hierzu freundlichst eingeladen.  
1,15 Die Verwaltung.

Für

**Obermaler und Mustermaler!**  
Leicht Nebenverdienst zu erreichen, pr. Jahr 150—200 Mark.  
Offerten unter „Bohemia 60“ an die Redaktion dieses Blattes.

Selb.

Sonntag, den 15. März, Abends 7 1/2 Uhr findet in unserem Vereinslokal „Ludwigskeller“ unser dies-jähriges

## Stiftungs-Fest

verbunden mit Märzfeier statt. Es werden alle Mitglieder ersucht, sich nebst ihren Familienangehörigen, zu diesem Arbeiterfest einzustellen. Festrede und musikalische Vorträge.  
1,65 Die Zahlstellenverwaltung.

Die Nr. 7 der „M.“ ist vergriffen; sofern Exemplare von dieser Nr. in den Zahlstellen „lagern“, bitte mir einige derselben zuzusenden.  
Jahn.

## Zur Beachtung!

Unter Bezugnahme auf das unter „Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes“ erlassene Aviso in dieser Nummer, bezüglich der mit Straßporto belasteten Sendungen an das Verbandsbureau, möchten wir Einiges bemerken: Auch an die Redaktion der „M.“ gehen des Ofteren ungenügend frankierte Briefe ein. Da sich der Eingang der Zuschriften aus Arbeiterkreisen (weil zumeist am Sonntag geschrieben und abgehandelt) ganz natürlicherweise am Montag und Dienstag zusammendrängt, Differenzen und Maßregelungen aber zumeist am Sonnabend zum Ausbruch kommen, so haben wir bisher immer auch Briefe mit Straßporto angenommen, damit das darin enthaltene eventuell Wichtige noch in die laufende Nummer aufgenommen werden konnte. Diese Rücksicht ist gewiß nicht von der Hand zu weisen, wenn bedacht wird, daß wegen der 20 Pf. Straßporto ein Brief nicht angenommen, eine Veröffentlichung unterbleibt und dadurch vielleicht sich unangenehme Folgen herausstellen. Wir können auch verstehen, daß in der Aufregung, die oft durch unvorhergesehene Ereignisse eintritt, ein Brief geschrieben und ohne an das Gewicht desselben zu denken, in den Briefkasten geworfen wird. Jedoch gehen auch außer, eilige Mitteilungen enthaltene Briefe, solche ein, daß man sich nach Bezahlen des Straßportos, welches die Klasse des Organs belastet und dem Deffnen des Briefes ärgert, denselben angenommen zu haben, weil der Inhalt zur Veröffentlichung auch noch zurecht gekommen wäre, wenn der Brief die Rückreise bezw. die Reise nach dem Reichspostamt zur Ermittlung des Absenders hinter sich hat und dann erst richtig frankiert eintrifft.

Wir werden deshalb ebenfalls größere Genauigkeit, bezw. weniger Rücksicht für die Zukunft beachten und ersuchen alle unsere Leser, bei der Absendung von Briefen stets an die genügende Frankierung zu denken.

Die Redaktion der „M.“

R. Jahn.

## Arbeitsmarkt.

### Porzellanmaler

für Schrift und besseren Dekor, tüchtiger, flotter Arbeiter, wird zum baldigen Eintritt gesucht. Bevorzugt wird solcher, welcher Platten stechen kann für Dekor, eventuell auch für Ansichten. Letzteres ist jedoch nicht Bedingung. Offerten mit Lohnforderung zu richten an  
**Baum u. Co., Kahla, S.-A.**

### Galanteriemaler

mit guten Zeugnissen und bemindert in allen Materien auf Glas, sucht sofort Stellung. Offerten unter **J. S.** an die Red. d. Bl.

### Porzellanmaler,

erste Kraft in ff. Blumen, Dekor und Schrift, Hand, Band und Fillet auf Hotelgeschirr, vorzüglicher Zeichner und Plattenstecher, sucht per bald oder später passende Stellung. Gesl. Offerten unter **R. S.** an die Red. d. Bl.

### Flotter Former und Dreher

sucht sofort Stellung. Offerten unter **D. D.** an die Red. d. Bl.

### Geübter Pater,

29 Jahre alt, möchte sich verändern und sucht Stellung. Offerten unter **H. H.** an die Red. d. Bl.

Herausgegeben vom Verbands der Porzellan- und verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur: Richard Jahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 3  
Druck u. Verlag: Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 69.

# Rechnungs-Abschluß

der Hauptkassen des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter pro 1902.

Einnahme	Verbands- kasse		Organ- kasse		Beihilfe- fond		Kautions- kasse		Ausgabe	Verbands- kasse		Organ- kasse		Beihilfe- fond		Kautions- kasse	
	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.		Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.
An Kassenbestand pro 1901	1 428	15	—	—	—	—	1 110	88	Per Mehrausgabe pro 1901	—	—	—	—	2 154	69	—	—
„ Einwendungen der Zahlstellen	44 522	86	10 275	11	10 325	84	—	—	„ Auskünfte an die Zahlstellen	40 856	58	—	—	14 493	55	—	—
„ Privatabonnements	—	—	612	78	—	—	—	—	„ Gerichts- u. Rechtsanwaltskosten	141	66	—	—	—	—	—	—
„ Inzerate	—	—	475	55	—	—	—	—	„ Unterstützung an die Union	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Kautionen	—	—	—	—	—	—	2 896	40	„ resp. Oesterreichischen Ver-	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Zinsen	2 505	—	—	—	480	—	149	50	„ band zurückgezahlt	1 895	62	—	—	—	—	—	—
„ Verkaufte Wertpapiere	22 166	60	—	—	7 443	60	—	—	„ Zuschuß an die Organkasse	5 093	90	—	—	—	—	—	—
„ Zurückgezahlte Rechtschutz-	—	—	—	—	—	—	—	—	„ Beiträge an die Generalkom-	—	—	—	—	—	—	—	—
„ kosten	254	21	—	—	—	—	—	—	„ mission	1 007	49	—	—	—	—	—	—
„ Zurückgezahlte Unterstützung	22	91	—	—	—	—	—	—	„ Kosten des Gewerkschaftskon-	—	—	—	—	—	—	—	—
„ vom Keramit	—	—	—	—	—	—	—	—	„ gresses	323	80	—	—	—	—	—	—
„ Vorbund zurückgezahlt	81	—	—	—	—	—	—	—	„ Kosten d. Generalversammlung	5 761	63	—	—	—	—	—	—
„ Zuschuß aus der Verbandskasse	—	—	5 093	90	—	—	—	—	„ Druckkosten der Generalver-	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Verwaltungskosten vom Be-	—	—	—	—	—	—	—	—	„ sammlungsprotokolle einschl.	—	—	—	—	—	—	—	—
„ hilfesfond pro 1901	8 733	95	—	—	—	—	—	—	„ deren Versendung	906	08	—	—	—	—	—	—
„ Darlehen von der Union zu-	—	—	—	—	—	—	—	—	„ Reisegelder und Diäten	654	15	—	—	—	—	—	—
„ rückgezahlt	114	57	—	—	—	—	—	—	„ Agitation	546	50	—	—	—	—	—	—
„ Generalversammlungs-Proto-	—	—	—	—	—	—	—	—	„ Verwaltungskosten pro 1901	—	—	—	—	8 733	95	—	—
„ kolle	396	95	—	—	—	—	—	—	„ Druckkosten der „Ameise“	—	—	11 193	75	—	—	—	—
„ Sonstige Einnahmen	254	27	5 77	—	44 30	—	—	—	„ Autorenhonorar	—	—	321	—	—	—	—	—
									„ Zeitungsabonnement	—	—	61	46	—	—	—	—
									„ Expeditionsporto	—	—	2 696	05	—	—	—	—
									„ Kautionen	—	—	—	—	—	—	—	2 604
									„ Kautionszinsen	—	—	—	—	—	—	—	15
									„ Gehälter	7 023	80	1 960	—	—	—	—	—
									„ Schreihilfe	1 216	50	—	—	—	—	—	—
									„ Sitzungsschädigung	735	70	—	—	—	—	—	—
									„ Entschädigung der Revisoren	74	50	—	—	—	—	—	—
									„ Porto	745	64	22	70	—	—	—	—
									„ Bureau-Utensilien	213	89	—	—	—	—	—	—
									„ Bureaubedarf und -Material	1 091	40	12	50	—	—	—	—
									„ Drucksachen	1 270	25	3	—	—	—	—	—
									„ Buchbinderarbeiten	63	—	—	—	—	—	—	—
									„ Badmaterial	120	—	112	10	—	—	—	—
									„ Depotgebühren	—	—	—	—	—	7	—	—
									„ Bureauumiete	569	75	—	—	—	—	—	—
									„ Bureaureinigung	190	50	—	—	—	—	—	—
									„ Heizung und Beleuchtung	272	05	—	—	—	—	—	—
									„ Umzugskosten	105	85	—	—	—	—	—	—
									„ Versicherungsbeträge	65	90	18	30	—	—	—	—
									„ Sonstige Ausgaben	96	94	62	25	—	—	—	—
Summa	75 478	47	16 463	11	18 293	74	4 156	78	Summa	70 423	28	16 463	11	20 389	19	2 619	—
Mehrausgabe	—	—	—	—	2 095	45	—	—	Saldo	5 055	19	—	—	—	—	1 537	—
Summa	75 478	47	16 463	11	20 389	19	4 156	78	Summa	75 478	47	16 463	11	20 389	19	4 156	78

Gesamt-Vermögen	Verbandskasse		Organkasse		Beihilfefond		Kautionskass.	
	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.
3% Reichsanleihe	53 000	—	—	—	10 000	—	3 000	—
3 1/2% Reichsanleihe	—	—	—	—	—	—	2 200	—
Darlehen an den Böhmisches Verband	7 766	16	—	—	—	—	—	—
Kassenbestand der Hauptkassen	5 055	19	—	—	—	—	1 537	—
Kassenbestand der Zahlstellen	7 947	30	—	—	2 494	78	—	—
Summa	73 768	65	—	—	12 494	78	6 737	—
Ab Mehrausgabe	—	—	—	—	2 095	45	—	—
Summa	73 768	65	—	—	10 399	33	6 737	—

Zahlstellen **146** Revidiert und für richtig befunden. Charlottenburg, den 1. Januar 1903.  
 Mitgliedzahl des Verbandes **8187** Charlottenburg, den 21. Februar 1903. Wilhelm Herden  
 Mitgliedzahl des Beihilfefonds **1754** W. Poesenecker, R. Munt, S. Jacob. Verbandskassirer.

## Rechnungs-Abschluß für den Streikfond pro 1902.

Einnahme	M.		Ausgabe	M.	
	Mt.	Pf.		Mt.	Pf.
An Bestand vom Jahre 1901	1 396	64	Per Unterstützung nach Neustadt bei Coburg	6 932	23
„ Einwendungen	2 267	81	„ „ „ Kronach	185	—
			„ „ „ Ruppelsdorf	182	—
			„ „ „ Stadtlengsfeld	145	—
			„ „ „ Mitterteich	55	05
			„ „ „ Blaue	80	—
			„ „ „ Mannheim-Käferthal	20	—
Summa	3 664	45			
Mehrausgabe	3 884	93			
Summa	7 549	38	Summa	7 549	38

Revidiert und für richtig befunden. Charlottenburg, den 1. Januar 1903.  
 Charlottenburg, den 21. Februar 1903. Wilhelm Herden, Verbandskassirer.  
 W. Poesenecker, R. Munt, S. Jacob.